

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungs-
gesellschaft mbH, Senftenberg

Geschäftsbericht 2009



Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

1 Einleitung

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH („LMBV“) mit Sitz in Senftenberg befindet sich zu 100 % im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland („Bund“).

Die LMBV hat nach Stilllegung der ihr übertragenen nicht privatisierungsfähigen Produktionsstätten folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Sanierung der unter Bergrecht stehenden Baulichkeiten, Anlagen und Flächen entsprechend den von den Bergämtern genehmigten Abschlussbetriebsplänen (Sanierungsbergbau),
- Verwertung des Anlagevermögens, welches durch einen umfangreichen Liegenschaftsbestand geprägt wird, sowie Durchführung nachlaufender Verwaltungsaufgaben für die stillgelegten Produktionsbetriebe (Nichtsanierungsbergbau).

Die Finanzierung des Sanierungsbergbaues erfolgte im Geschäftsjahr 2009 auf Basis des dritten ergänzenden Verwaltungsabkommens vom 2. Juli 2007. Dieses dritte ergänzende Verwaltungsabkommen (VA IV) gilt für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2012 und umfasst ein Gesamtvolumen von mehr als EUR 1,0 Mrd:

- Maßnahmen im Rahmen der Rechtsverpflichtung der LMBV zur Bergbausanierung in Höhe von EUR 663,5 Mio gemäß § 2 VA IV,
- Maßnahmen zur Abwehr von Gefährdungen im Zusammenhang mit dem Wiederanstieg des Grundwassers in Höhe von EUR 262,1 Mio gemäß § 3 VA IV sowie
- Maßnahmen u. a. zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards über die Verpflichtungen der LMBV hinaus in Höhe von ca. EUR 100,0 Mio gemäß § 4 VA IV.

Darüber hinaus wurde die LMBV beauftragt, durch Einwerben von zusätzlichen Mitteln aus der Arbeitsförderung die finanziellen Voraussetzungen zur Beschleunigung des Sanierungsfortschritts zu schaffen und damit weitere beschäftigungswirksame Effekte zu erzielen.

Lagebericht

Die insgesamt positive Entwicklung des Jahres 2009 war durch ein geotechnisches Ereignis im Tagebau Nachterstedt/Schadeleben belastet, welches die Situation in der LMBV im II. Halbjahr 2009 wesentlich prägte.

Die im Nichtsanierungsbergbau erzielbaren Erträge reichen nicht aus, um die hier anfallenden Aufwendungen vollständig auszugleichen. Insofern stattete der Bund die LMBV mit dem erforderlichen Eigenkapital und den notwendigen liquiden Mitteln zum Ausgleich der erwarteten Verluste und liquiden Fehlbedarfe aus. Die jeweils noch freien Mittel hat die LMBV an den Bund ausgeliehen. Die Mittel fließen bedarfsgerecht auf Basis der Wirtschaftspläne an die LMBV zurück.

Die im Gesellschaftsvertrag der LMBV definierten Aufgaben sind endlich, wenngleich deren Realisierung einen wesentlich längeren und aus heutiger Sicht unbestimmten Zeitraum einnimmt, anders als ursprünglich vorgesehen. Insofern hat die LMBV in Konsequenz aus der Abarbeitung ihrer Aufgaben auch die Verpflichtung, regelmäßig ihre Organisationsstruktur und ihren Personalbestand zu überprüfen und gegebenenfalls an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Im Rahmen der jährlichen Präzisierung der Personalentwicklungskonzeption wurde der Stellenplan beginnend im Jahr 2009 sowie für 2010 und den Ausblick 2011 – 2013 präzisiert. So hat die Gesellschaft, vornehmlich für die Struktureinheiten Geotechnik, Planung sowie für die Sanierungsbereiche Neueinstellungen im Einvernehmen mit den betrieblichen Mitbestimmungspartnern vorgenommen. Aufsichtsrat und Gesellschafter haben aktuellen Planungsansätzen zugestimmt.

2 Wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsfeld Sanierungsbergbau im Geschäftsjahr 2009

Die LMBV als Bergbauunternehmen und Projektträger der Braunkohlesanierung erfüllte ihre Aufgaben unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auch im Jahr 2009 erfolgreich.

Für die Fortsetzung der Braunkohlesanierung im Rahmen der Rechtsverpflichtungen der LMBV gem. § 2 des VA IV haben der Bund, die Braunkohleländer und die Arbeitsverwaltungen im Jahr 2009 finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt EUR 171,5 Mio unter Berücksichtigung der für das Jahr 2009 genehmigten Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit zwischen § 3 und § 2 sowie zusätzlicher Mittel vom Land Sachsen-Anhalt bewilligt. In der Abarbeitung ergaben sich Aufwendungen von EUR 170,1 Mio, davon entfallen EUR 25,8 Mio auf Eigenleistungen der LMBV und EUR 144,3 Mio auf Fremdleistungen.

Am 18. Juli 2009 kam es an der Südböschung im Tagebaurestloch Nachterstedt zu einer Böschungsbewegung mit einem Volumen von ca. 2,8 Mio m³. Die Abbruchkanten weisen Rückgriffweiten bis zu 85 m in das Hinterland auf und besitzen steile Neigungen und Höhen von bis zu 40 m.

Bei diesem Unglück wurden ein Doppelhaus, eine Doppelhaushälfte, Grundstücke, Straßen und Wege sowie dazugehörige Medien zerstört und in die Tiefe gerissen. Besonders tragisch ist, dass drei Personen verunglückten und seit dem als vermisst gelten. Die Liegenschaften innerhalb des Schadensgebietes sind nach Einschätzung der eingeschalteten Sachverständigen infolge der Böschungsbewegung dauerhaft unbewohnbar und müssen für die erforderlichen Sicherungs- und Sanierungsarbeiten in Anspruch genommen werden.

Unmittelbar nach Ereigniseintritt hat die LMBV im Zusammenwirken mit den örtlichen Organen und dem zuständigen Landesbergamt notwendige Sicherungs- und Bergungsmaßnahmen durchgeführt und die Ursachenermittlung aufgenommen. Durch die LMBV wurde dazu ein externer Gutachter gebunden. Die bisherigen Ergebnisse wurden in einem Zwischenbericht im Dezember 2009 zusammengefasst und dem Landesamt für Geologie und Bergwesen des Landes Sachsen-Anhalt übergeben. Derzeit wird davon ausgegangen, dass mehrere Ursachen zu dem Unglück führten. Gemäß bislang vorliegendem Wissensstand werden hydraulische Anomalien im Liegendgrundwasserleiter, Verbrüche untertägiger Hohlräume mit hydraulischen Druckstößen, Kombination dieser und anderer Ursachen als möglich angesehen.

Zur Entspannung der hydraulischen Verhältnisse in den Grundwasserleitern des Bereiches wurden 2009 zwei Filterbrunnen niedergebracht und in Betrieb genommen. Des Weiteren wurden zusätzliche Pegel errichtet.

Gegenwärtig erfolgt die Erarbeitung einer Sicherungskonzeption für den Bereich des Böschungsereignisses. In diesem Zusammenhang wird auch die Möglichkeit der Bergung der vermissten Personen geprüft. Nach Durchführung dieser Maßnahmen wird sich nahtlos die Sanierung des betroffenen Gebietes anschließen, um die nach Regionalem Teilgebietsentwicklungsprogramm festgelegten Nachnutzungsziele zu erreichen.

Lagebericht

In Abstimmung mit ihrem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat hat die LMBV die Schadensregulierung der unmittelbar vom Unglück Betroffenen übernommen. Dies erfolgte unabhängig von der noch zu klärenden Unglücksursache sowie der Frage der Finanzierung und damit ohne Anerkennung einer Rechtspflicht.

Für das Sonderprojekt Nachterstedt sind für im Zusammenhang mit notwendigen Sicherungsmaßnahmen und der Schadensregulierung Sanierungsaufwendungen in Höhe von ca. EUR 7,6 Mio im Jahr 2009 angefallen. Die Finanzierung dieses Sonderprojektes im Jahr 2009 wurde zu 100 % vom Bund übernommen.

Im Weiteren hat die LMBV sowohl innerhalb der Geltungsbereiche der Abschlussbetriebspläne (§ 2) als auch innerhalb der Grenzen der Grundwasserabsenkungsbereiche (§ 3) zusätzlich interne und externe Bewertungen zur Gewährleistung der geotechnischen Sicherheit veranlasst, in deren Ergebnis kein akuter Handlungsbedarf erkannt wurde.

Ausgewählte wesentliche Schwerpunkte der Grundsanie rung im Jahr 2009 waren:

- Im II. Halbjahr 2009 wurde der ca. 3,5 km lange Straßenabschnitt der Kreisstraße K 6612 entsprechend der Verpflichtungslage der LMBV gemäß Abschlussbetriebsplan Tagebau Meuro im Bereich von Senftenberg bis zur Landstraße L 55 bei Meuro umgebaut und modernisiert. Die sanierte Straße wurde an den Landkreis Oberspreewald-Lausitz im Dezember 2009 als Baulastträger übergeben.
- Im I. Quartal 2009 wurden im Restloch Sedlitz die geotechnischen Sicherungsarbeiten mittels Rütteldruckverdichtung für den letzten Böschungsabschnitt begonnen. Die zu errichtenden versteckten Dämme werden eine Länge von ca. 800 m und eine Breite von bis zu 40 m aufweisen. Bei einer Tiefe von 30 bis 45 m werden Bodenmassen von ca. 450 Tm³ verdichtet.
- Am 12. Juni 2009 erfolgte nach der durchgeführten Sicherung gegen Grundbruchgefahr die Verkehrsfreigabe für die Landstraße L 60 zwischen Lauchhammer und Lichterfeld. Da eine hydraulische Verbindung zwischen dem Berghelder See und dem Heidesee geplant ist, wurde im Kreuzungsbereich ein neues Brückenbauwerk errichtet.
- Am 29. Januar 2009 ereignete sich im Bereich der Innenkippe Seese - West ein Grundbruch. Bedingt durch die Verflüssigung des locker gelagerten Kippensandes im Zusammenhang mit der Grundwassersättigung der Kippe und des oberflächennah gefrorenen Kippenbodens mit einer ca. 20 cm dicken Eisschicht kam es durch schlagartiges Aufbrechen der vereisten Wasserflächen zum Grundbruch. Dabei wurde eine Fläche von ca. 240 Tm² und mit einem Volumen von 950 Tm³ teilweise bis zu 4 m abgesenkt. Personenschäden waren nicht zu verzeichnen. Durch die LMBV wurden die entsprechenden Sicherungs- und Untersuchungsmaßnahmen zeitnah eingeleitet.

- Als wesentliches Element zur Umsetzung der Flutungskonzeption in der Lausitz erfolgte die Ertüchtigung des Oberen Landgrabens im Bereich der Restlochkette Sedlitz/Skado/Koschen auf einer Länge von ca. 9 km. Mit einer geplanten Durchlass-Kapazität von 2,5 m³/s soll der Graben künftig Wasser aus der Spree über das Restloch Sedlitz bis in das Restloch Meuro leiten.
- Mit dem Bau der Überleitungsanlage zwischen den Bergbaufolgeseen Bluno und Skado (Überleiter 6) wurde begonnen. Es handelt sich um eine Finanzierung nach § 2 und § 4 VA IV. Schwerpunkte waren in 2009 die Errichtung der Umgehungsstraße sowie Stahlbetonarbeiten am Schleusenbauwerk.
- Im März 2009 hat die LMBV in der Lausitz mit der Umsetzung eines im Lausitzer Revier neuartigen Pilotverfahrens zur Konditionierung des Wasserkörpers mit Sanierungsschiffen begonnen. Mit dem Abschluss des ersten Pilotversuches im Restloch Burghammer wurde der Nachweis einer effizienten Inlake-Wasserbehandlung zur pH-Wert Erhöhung und Eisenausfällung mittels Sanierungsschiff erbracht.
- Im Bereich der ehemaligen Siebanlage Sabrodt erfolgten als Grundlage für die Fortführung der Erschließungsarbeiten zur Errichtung einer Gießerei die Tiefenenttrümmerungsarbeiten. Bei der Realisierung der Maßnahme wurden ca. 5,4 Tm³ Beton und Stahlbeton rückgebaut sowie 37,5 Tm³ Boden bewegt.
- Im Bereich des Speicherbeckens Lohsa II wurde der Ankauf der der GESA Gesellschaft zur Entwicklung und Sanierung von Altstandorten mbH, Berlin, gehörenden Grundstücke als Voraussetzung für die weitere planmäßige Sanierung am Standort vollzogen.
- Ende Oktober 2009 erfolgte die Abnahme des 1. Bauabschnittes der Vorflutanbindung der Restlöcher Hain/Haubitz an die Pleiße. Dazu gehörten die Grabenherstellung auf ca. 2,2 km, die Errichtung des Durchlassbauwerkes am Weg 26, der Bau des Einlaufbauwerkes am Restloch Hain sowie die Umverlegung der Flutungsleitung.
- Die Sanierungsarbeiten zur Böschungsgestaltung der nordwestlichen Restlochendböschung im Tagebau Zwenkau wurden beendet.
- Das Einlaufbauwerk zur Einbindung des Vorfluters Geisel in den Geiseltalsee wurde Ende April 2009 fertig gestellt und eingeweiht. Das Bauwerk erstreckt sich über 450 m, der Höhenunterschied beträgt rund 40 m. Zur Kreuzung eines Hauptwirtschaftsweges und eines Rad- und Wanderweges wurden zwei Brücken errichtet.
- Zur Konditionierung des Haselbacher Sees mittels Inlake - Neutralisation wurden die entsprechenden Kampagnen quartalsweise realisiert.

Lagebericht

Im Rahmen der Projekte zur Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg (§ 3 VA IV) wurden im Jahr 2009 Sanierungsleistungen in Höhe von EUR 35,7 Mio erbracht.

Das im § 3 VA IV angesetzte Budget in Höhe von EUR 44,6 Mio unter Berücksichtigung der für das Jahr 2009 genehmigten Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit zwischen § 3 und § 2 wurde aufgrund des Wegfalls einiger Handlungsbedarfe, der kostengünstigeren Realisierung einiger Maßnahmen sowie der teilweisen zeitlichen Verschiebungen unterschritten.

In allen Bereichen wurden die ingenieurtechnischen Leistungen zur Gefahrenermittlung im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg sowie für die Erarbeitung von Gefahrenabwehrmaßnahmen intensiv weitergeführt.

Ausgewählte wesentliche Schwerpunkte der Sanierungstätigkeit im § 3 VA IV des Jahres 2009 waren u. a.:

- Das Vorflutsystem im Bereich Beesdau des Sanierungsgebietes Seese/ Schlabendorf wurde erneuert. Diese Maßnahme umfasste die hydraulische Ertüchtigung der Vorfluter Neues Fließ, Brennereigraben und Nebengräben in Beesdau-Nord.
- Ab dem 1. Oktober 2009 begannen die Sanierungsarbeiten an Grabensystemen im Bereich der Ortslage Raddusch auf einer Gesamtlänge von 12,5 km. Die Gräben werden entschlammt und profiliert. Im Zuge dieser Maßnahme werden fünf Durchlässe abgebrochen und durch Neubauten ersetzt.
- Die Stahlbetonbodenplatte des Schlosses Altdöbern wurde fertig gestellt. Im IV. Quartal 2009 erfolgte die Folienabdichtung. Die Bauhauptleistungen sind damit im Jahre 2009 abgeschlossen worden.
- Die Böschungssicherungsarbeiten an "Ott's Loch" wurden im Brandenburger Südraum mit der Abnahme der Leistung abgeschlossen. An den Uferböschungen wurden Steinschüttungen als Stützpfiler hergestellt.
- Die Sanierungsarbeiten mittels mobiler Erdbau- und Verdichtungstechnik für die Geländesenken A, B und C im Lugteichgebiet vom Sanierungsbereich Ostsachsen wurden erfolgreich abgeschlossen.
- Mit den Sanierungsarbeiten zur Sicherung der Uferbereiche am Knappensee im Bereich der Ortslage Groß Särchen wurde begonnen. Dazu wurde zuerst eine Spundwand von 56 m Länge 8 m tief eingebracht. Von diesem Bereich aus soll schwere Sanierungstechnik für die Verdichtungsmaßnahmen der Uferbereiche eingesetzt werden.

- In Markkleeberg wurde die Baumaßnahme zur Erhöhung des Pleißeradweges auf einer Länge von ca. 400 m realisiert. Bei anhaltenden Niederschlagsereignissen wurde der Radwegabschnitt aufgrund flurnahen Grundwasserstände immer wieder überflutet.
- Mit der Maßnahme - Errichtung einer Dichtwand im Bitterfelder Bereich zwischen Strengbach und Bitterfelder Berg zur Abdichtung der Quartären Rinne - wurde im I. Halbjahr 2009 begonnen. Die Dichtwand soll bis Ende 2010 entstehen und das Bitterfelder Bebauungsgebiet Bergmannshof / Annahof komplett umschließen.
- Zur Gewährleistung von Schutzziele wurde in der Ortslage Jüdenberg mit der Realisierung der Komplexmaßnahme Grundwasserabsenkung durch Drainage für fünf betroffene Objekte begonnen.
- Der Bau der Fischtreppe im Bereich des Einlauf- und Auslaufbauwerkes am Muldestausee in Friedersdorf wurde planmäßig weitergeführt. Bei der Baumaßnahme wurden bisher ca. 0,7 Tm³ Abbruchmassen abtransportiert und ca. 4 Tm² Spundwände in den Boden gerammt.
- In mehreren Ortslagen des Freistaates Thüringen wurden ingenieurtechnische Leistungen zur geohydrologischen Modellierung sowie Schadensaufnahmen zur Ermittlung von Betroffenheiten infolge Grundwasserwiederanstieg vorgenommen.

Im Auftrag der Braunkohleländer realisierte die LMBV Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards gemäß § 4 VA IV in einem Gesamtumfang von EUR 19,2 Mio (netto), das entspricht EUR 22,2 Mio (brutto).

Ausgewählte wesentliche Schwerpunkte des Jahres 2009 waren u. a.:

- Im ersten Quartal 2009 begannen die Arbeiten zum Bau des Überleiters 12 nahe der Ortslage Senftenberg. Die Umgehungsstraße wurde errichtet sowie die Spundwände für die künftigen Tunnelbauwerke fertig gestellt. Die Bodenplatte für den Brückendurchlass sowie die ersten Flügelwände wurden im Dezember 2009 errichtet.
- Mit dem Bau der Überleitungsanlage zwischen den Bergbaufolgeseen Bluno und Skado (Überleiter 6) wurde im I. Quartal 2009 begonnen. Bisher wurden hauptsächlich Leistungen zum Bau der ca. 80 m langen Straßenbrücke sowie für die Errichtung der Schleuse realisiert. Dazu wurden die Brückenwiderlager hergestellt. Die Schleuse wurde bis auf technische Ausrüstungen fast vollständig errichtet. 2010 werden die Brücke und die darüber führende Straße gebaut.

Lagebericht

- Am 21. Juni 2009 wurde der Erlebnisrundgang in der Energiefabrik Knappenrode feierlich eröffnet. Als Ergebnis konnte ein ansprechendes Bauwerk mit einem 22 m hohen Treppenturm präsentiert werden. Mit dem Erlebnisrundgang von der obersten Etage über sieben Stationen wird dem Besucher eindrucksvoll ein Stück traditionsreiche Bergbauindustriegeschichte zur Herstellung von Briketts anschaulich vermittelt.
- Nach 15-monatiger Bauzeit ist die erdbautechnische Herstellung der Hafenanlage am Zwenkauer See, die Errichtung der landseitigen Hafentwände (Spundbohlen) und die Herstellung der Molenkörper abgeschlossen worden. Die Übergabe erfolgte durch die LMBV an die Stadt Zwenkau am 10. Mai 2009 im Rahmen des ersten Hafenfestes der Stadt Zwenkau.
- Am 15. Mai 2009 wurde der erste Baggerbiss zum Umbau des Connewitzer Wehres in der Pleiße vollzogen. Bis Mitte 2010 wird hier eine Schleusenanlage mit Borsten-Fischpass als Bootsrampe gebaut. Damit wird die Verbindung zwischen den vorhandenen Wasserwegen im Stadtgebiet Leipzig und den entstehenden Bergbaufolgeseeen im Südraum von Leipzig vorbereitet.

Für das Jahr 2009 lagen vom Land Sachsen-Anhalt und vom Freistaat Thüringen keine Beauftragungen für Projekte nach § 4 VA IV vor. In Sachsen-Anhalt wurde für einzelne Verfüllungsleistungen untertägiger Grubenbaue als Einzelfallentscheidung eine konkrete Beauftragung der LMBV in Verbindung mit dem Landesamt für Geologie und Bergwesen (LAGB) vorgenommen.

Ausblick

Mit der Erteilung einer Reihe von Planfeststellungsbeschlüssen im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier hat die LMBV weitere Rechts- und Planungssicherheit zur Weiterführung der bergbaulichen und wasserrechtlichen Sanierungsarbeiten erhalten.

Im Juli wurde der Planfeststellungsbeschluss der LMBV für die zukünftige Ableitung des Überschusswassers aus dem Zwenkauer See in den Floßgraben übergeben.

Des Weiteren wurden im Lausitzer Revier die wasserrechtlichen Genehmigungen zum Bau der Überleiter 2, 3, 3a, 4 und 5 erteilt. Gleichzeitig stellen die zahlreichen Nebenbestimmungen und Auflagen aus diesen Beschlüssen hohe Anforderungen an die ingenieurtechnische Begleitung der Prozesse dar.

Von 52 Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren wurden damit 18 Verfahren bereits beschieden.

In den Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahren durch den Grundwasserwiederanstieg wurden die Planungsprozesse zielgerichtet weiter geführt, so dass die LMBV hier über solide Grundlagen für die Maßnahmeumsetzung in den Folgejahren verfügt. Für Schwerpunktbereiche komplexer Betroffenheiten, wie z. B. das Stadtgebiet Delitzsch, die Kraftwerkssiedlung Bitterfeld, Teile der Ortslage Tschornewitz, das Gewerbegebiet Laugkfeld in Senftenberg mit östlichem Stadtgebiet sowie für den Bereich des Bahnhofes Lohsa wurden die ingenieurtechnischen Aktivitäten intensiviert.

Aber auch bei einer Vielzahl von Einzelbetroffenheiten, insbesondere von Eigentümern, werden Gefahrenabwehrmaßnahmen vorbereitet und realisiert.

Die Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards und zur Gefahrenabwehr im Bereich des Braunkohlealtbergbaus im Auftrag der Braunkohleländer werden auf der Grundlage des mit den Ländern bis 2012 abgestimmten Rahmens kontinuierlich weiter geführt.

Die Ursachenermittlung zum Böschungereignis in Nachterstedt wird in 2010 fortgeführt, wobei ein abschließendes Ergebnis erst für das Jahr 2011 erwartet werden kann. Gleichzeitig wird auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchungsergebnisse und deren laufender Fortschreibung mit der Erarbeitung und Umsetzung einer Sicherungs- und Sanierungskonzeption mit einem Zeithorizont bis 2015 begonnen. Dabei ist es das Ziel, ab Mitte 2012 wieder schrittweise eine touristische Nutzung zu ermöglichen. Zur Finanzierung des Sonderprojektes werden Gespräche mit dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt geführt. Ein erster Projektantrag wurde bereits erarbeitet. Des Weiteren wird die Überprüfung der Sanierungskonzeption an anderen Standorten auf Aktualität und Plausibilität fortgeführt.

Im Spätsommer des Jahres 2010 sollen die Auftaktgespräche zwischen dem Bund und den ost-deutschen Braunkohleländern zur weiteren Finanzierung der Braunkohlesanierung nach dem Jahr 2012 geführt werden. Im Vorfeld ist eine externe Plausibilitätsprüfung der Planungsansätze für den Zeitraum nach 2012 vorgesehen.

3 Wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsfeld Nichtsanierungsbergbau im Geschäftsjahr 2009

Das Geschäftsfeld Nichtsanierungsbergbau wird im Wesentlichen durch die Verwaltung und den Verkauf der Liegenschaften geprägt.

Lagebericht

Im Jahr 2009 konnten Liegenschaftsverkäufe im Umfang von 1.089 ha bilanzwirksam realisiert werden. Darüber hinaus wurden 47 ha auf dem Wege der Vermögenszuordnung gemäß VZOG bzw. der Restitution entsprechend VermG auf Dritte übertragen. Aus vorstehend genannten Liegenschaftsverkäufen erzielte die LMBV Erlöse in Höhe von EUR 3,8 Mio. Per 31. Dezember 2009 beträgt der Liegenschaftsbestand 30.825 ha.

Schwerpunkte dieser Liegenschaftsverkäufe des Jahres 2009 im Hinblick auf den Verkaufsumfang und das vorgesehene Nutzungsziel waren im Wesentlichen:

- Verkauf von ca. 331 ha Kippenflächen im Tagebaufeld Jänschwalde für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen,
- Verkauf von ca. 57 ha Entwicklungsflächen im Uferrandbereich des Bärwalder Sees,
- Verkauf von ca. 23 ha Entwicklungsflächen am Geierswalder See,
- Verkauf eines ca. 68 ha umfassenden Uferrandbereiches am Schladitzer See zur touristischen Entwicklung,
- Verkauf von ca. 6 ha Entwicklungsflächen am Cospudener See,
- Verkauf von 9 ha Sondergebiets- und Grünflächen am Concordia See, die jedoch vom Böschungsereignis Nachterstedt betroffen sind,
- Verkauf von ca. 5 ha Gewerbeflächen im Lausitz-Industriepark Kittlitz.

Des Weiteren wurden im Jahr 2009 Liegenschaftsverkäufe der Vorjahre bilanzwirksam, u. a.:

- ca. 135 ha Erweiterungsfläche des Gipsdepots Jänschwalde im Tagebaufeld Jänschwalde,
- ca. 50 ha Entwicklungsflächen der Stadt Görlitz am Berzdorfer See,
- ca. 12 ha Flächen zur Errichtung des Schulstandortes „Seecampus Schwarzheide“,
- die Verkäufe von 1 ha Industriefläche im Mitteldeutschen Industriepark Espenhain sowie von ca. 1 ha Gewerbefläche des ehemaligen Brikettfabrikstandortes Zipsendorf.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2009 für 175 ha weitere notarielle Grundstückskaufverträge abgeschlossen, die noch nicht bilanzwirksam sind. Schwerpunkte sind hier:

- der Verkauf der „Magdeborner Halbinsel“ („Halbinsel Gruna“) mit ca. 65 ha für die weitere Entwicklung am Störmthaler See,
- der Verkauf von ca. 27 ha Grünflächen der ehemaligen Tagesanlagen Merseburg-Ost am Wallendorfer See,
- der Verkauf der Entwicklungsfläche „Koschendam“ am Geierswalder See mit ca. 58 ha.

Am 6. Oktober 2009 / 9. November 2009 hat das Land Brandenburg in seiner Kabinettsitzung einer Vereinbarung zur Übernahme einzelner Tagebaurestseen mit einer Gesamtfläche von ca. 3.300 ha zugestimmt. Die Seen zählen zum Kernbereich des Lausitzer Seenlandes. Es handelt sich um den Ilse-See, den Sedlitzer See, den brandenburgischen Teil des Partwitzer und des Geierswalder Sees sowie den Altdöberner See, die zukünftig an das Land Brandenburg übertragen werden sollen.

Die Vermarktungsaktivitäten für die Lausitz-Industrieparks Kittlitz, Marga, Sonne und Lauchhammer wurden 2009 aktiv weitergeführt. Im Jahre 2009 wurden insgesamt acht Verkäufe über Flächen von 6 ha in Kittlitz, Marga und Lauchhammer bilanzwirksam. Hervorzuheben sind fünf Verkäufe im Industriepark Marga einschließlich vier ehemaliger Verwaltungsgebäude, welche zur gewerblichen Nachnutzung vorgesehen sind. Im Lausitz-Industriepark Kittlitz konnten 5 ha bebaubare Industrie- und Gewerbefläche verkauft werden. Der Vermarktungsstand erhöhte sich damit an diesem Standort auf 44 %, am Standort Marga liegt die Belegungsquote bei 38 % und am Standort Lauchhammer bei 78 %.

Der Mitteldeutsche Industrie- und Gewerbepark Espenhain ist im 1. Bauabschnitt bereits zu ca. 78 % veräußert. Aus Vertragsabschlüssen des Vorjahres wurde ein Verkauf über 1 ha Industrie- fläche bilanzwirksam. Auf der Erweiterungsfläche des 1. Bauabschnittes Espenhain sind bislang ca. 10 ha verkauft. Das entspricht einer Belegungsquote von 49 %.

Die Akquise zur Flächenvermarktung des Mitteldeutschen Industrieparks Großkayna-Frankleben erfolgte intensiv über breit gefächerte Aktivitäten in Zusammenarbeit mit Partnern (u. a. IHK und Handwerkskammer Halle), jedoch gestaltete sich die Vermarktung im Jahr 2009 unverändert schwierig. Der Standort ist zu rund 24 % belegt.

Die Überprüfung der Wertansätze des Liegenschaftsbestandes wurde auf Grundlage der aktuellen Verkehrswerte fortgesetzt. Insbesondere für die Nutzungsarten Abbau- und Halden- und sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung wurden Wertberichtigungen vorgenommen.

Lagebericht

Ausblick

Die LMBV wird auch im Jahr 2010 ihren Flächenbestand aller verwertbaren Liegenschaften weiter reduzieren. Ziel im Jahr 2010 ist der Abschluss von Kaufverträgen mit einer Gesamtfläche von ca. 943 ha.

Im Rahmen des „Nationalen Naturerbes“ werden die Verhandlungen mit dem Bund und den Ländern zur Übertragung von 2.883 ha für naturschutzfachlich wertvolle Flächen weitergeführt.

Für 2010 wird die Übertragung von ca. 293 ha im Tagebau Zipsendorf und der Halde Klobikau in Sachsen-Anhalt auf den Naturschutzbund Deutschland e. V. als vorgesehenen Flächenempfänger angestrebt.

Zunehmende Bedeutung für die Arbeit der Liegenschaftsabteilungen gewinnt die Sicherung von Sanierungsarbeiten auf fremden Flächen mittels Zustimmungsvereinbarungen, Anpachtungen, Ankäufen und Entschädigungsregelungen.

4 Personalentwicklung Geschäftsjahr 2009

Zum 31. Dezember 2009 waren 516 Mitarbeiter (ohne Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse und ATZ/Ruhephase) im Unternehmen tätig. Damit hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Mitarbeiterzahl um 19 reduziert.

Zum 31. Dezember 2009 befanden sich insgesamt 75 Jugendliche in der Ausbildung. Im Jahr 2009 standen 20 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Am 31. Dezember 2009 befanden sich 240 Mitarbeiter in Altersteilzeit.

Im Rahmen des VA IV wurden in Maßnahmen der Braunkohlesanierung im Durchschnitt des Jahres 2009 insgesamt 290 geförderte Arbeitnehmer eingesetzt. Es konnten damit für die Braunkohlesanierung bzw. den Sanierungsfortschritt zusätzlich rund EUR 3,7 Mio eingeworben werden.

Ausblick

Am 1. Januar 2010 betrug die Mitarbeiterzahl 533 Arbeitnehmer (ohne Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse und ATZ/Ruhephase) und wird sich im I. Quartal unter Berücksichtigung schon geschlossener Verträge und laufender Auswahlverfahren) auf 546 Arbeitnehmer erhöhen. Der Anstieg des Personalbedarfs ist durch folgende wesentliche Faktoren begründet:

- Aus der Fortschreibung der Projektplanung für die Sanierung mit Ausblick auf den Zeitraum nach 2012 ergibt sich nach aktuellem Kenntnisstand ein höherer Bedarf, welcher jetzt der konkreten Bedarfsermittlung für die Personalentwicklung zugrunde gelegt wurde.
- Aus der aktuellen Einschätzung der Planungs- und Genehmigungsstände der laufenden Sanierungsarbeiten wurde deutlich, dass insbesondere die hydrologischen/geotechnische Bearbeitungskapazitäten nicht den aktuellen Anforderungen entsprechen und die wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren sowohl in der Antragstellung als auch in der Umsetzung der Genehmigungen einen stetig zunehmenden ingenieurtechnischen Aufwand erfordern.
- Zusätzliche Bearbeitungskapazitäten werden mit der Ursachenermittlung, der Schadensregulierung und der Durchführung der Sicherungs- und Sanierungsarbeiten nach dem Ereignis vom 18. Juli 2009 im Tagebau Nachterstedt erforderlich. In Auswertung dieses Ereignisses wird durch die LMBV auch eine umfangreiche Bewertung der Sicherheit in den bereits sanierten Böschungs- und Kippenbereichen, in Bereichen mit ehemaligen Braunkohletiefbauen sowie in den Bereichen des Grundwasserwiederanstiegs vorgenommen, wofür weitere Bearbeitungskapazitäten notwendig sind.

Zum 1. Januar 2011 werden voraussichtlich 544 Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis stehen.

Durchschnittlich werden sich 2010 ca. 89 Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit befinden.

Die Anzahl der Auszubildenden wird sich von 75 (1. Januar 2010) um ca. 15 auf 60 (31. Dezember 2010) verringern. 2010 werden 20 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, welche aus dem Verwaltungsabkommen finanziert werden.

Mit Blick auf den Sanierungsfortschritt und die gegenwärtig gültigen Förderbedingungen kann eingeschätzt werden, dass sich der Einsatz der geförderten Arbeitnehmer im Folgejahr nur geringfügig rückläufig entwickeln wird. Die entlastende Wirkung auf die Arbeitsmarktsituation wird sich in der Lausitzer Braunkohlenregion weiterhin zeigen und in den Folgejahren fortsetzen.

Für das Jahr 2010 wird mit durchschnittlich ca. 285 geförderten Arbeitnehmern gerechnet, was eine zusätzliche Mittelzuführung für die Beschleunigung des Sanierungsfortschritts von ca. EUR 3,5 Mio bedeutet.

5 Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage 2009

Das Geschäftsjahr 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss von EUR 6,3 Mio ab. Dies resultiert im Wesentlichen aus Erträgen aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen (EUR 19,4 Mio), insbesondere der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und Schadensersatzverpflichtungen, denen Zuführungen in Höhe von EUR 10,7 Mio gegenüberstehen.

Im Sanierungsbergbau sind Aufwendungen in Höhe von EUR 232,7 Mio, davon für bezogene Leistungen (EUR 192,9 Mio), Eigenleistungen (EUR 39,5 Mio) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (EUR 0,3 Mio) entstanden, die durch erhaltene Zuschüsse (EUR 223,2 Mio), sonstige Erträge (EUR 1,9 Mio) und die Inanspruchnahme von Rückstellungen (EUR 7,6 Mio) gedeckt sind. Im Zusammenhang mit dem Böschungsereignis in Nachterstedt fielen Sanierungsaufwendungen für notwendige Sicherungsmaßnahmen und der Schadensregulierung in Höhe von EUR 7,6 Mio an, die durch Mittel des Bundes gedeckt sind.

Im Nichtsanierungsbergbau wurden betriebliche Erträge in Höhe von EUR 48,8 Mio erzielt, die im Wesentlichen aus Projektträgerleistungen für die Sanierung sowie Erlösen aus Liegenschaftsverkäufen resultieren. Die erzielten Erlöse reichen nicht aus, um die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen (EUR 8,9 Mio), die Personalaufwendungen (EUR 37,5 Mio) sowie die übrigen betrieblichen Aufwendungen (EUR 7,9 Mio) zu decken. Die erzielten Einnahmen können insbesondere die nachlaufenden Aufwendungen für die stillgelegten Bergbaubetriebe nicht ausgleichen.

Die Gesamtaufwendungen im Nichtsanierungsbereich im Zusammenhang mit dem Böschungsereignis in Nachterstedt betragen in 2009 EUR 1,2 Mio, darunter fallen Primäraufwendungen für die Ursachenforschung in Höhe von EUR 0,9 Mio.

In 2009 wurden im Nichtsanierungsbergbau Investitionen in Höhe von EUR 0,2 Mio fast ausschließlich für den Ersatzbedarf realisiert.

Vermögenslage zum 31. Dezember 2009

Das Sachanlagevermögen und die Immateriellen Vermögensgegenstände der LMBV haben sich um EUR 1,0 Mio vermindert. Gründe dafür sind insbesondere Abgänge (EUR 2,0 Mio) und planmäßige sowie außerplanmäßige Abschreibungen (EUR 1,6 Mio). Die weitere Überprüfung der Wertansätze der betrieblichen Nutzungsarten Abbau- und Halde einschließlich Sanierung und sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung beeinflussten dabei die Höhe der außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von EUR 0,4 Mio. Insgesamt wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von EUR 1,4 Mio vorgenommen. Die Zuschreibungen von EUR 2,4 Mio setzen sich zusammen aus EUR 1,8 Mio aus Wertaufholungen von im Geschäftsjahr veräußerten Vermögensgegenständen, EUR 0,5 Mio aus Wertkorrekturen zum Gesamtfinanzierungsplan der Entwicklungsstandorte sowie EUR 0,1 Mio aus Berichtigungen nach § 36 DMBilG.

Die Forderungen gegen den Gesellschafter haben sich um EUR 10,6 Mio vermindert, was im Wesentlichen aus der Reduzierung der Erstattungsforderung resultiert. Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 0,5 Mio vermindert.

Die liquiden Mittel haben sich durch den Aufbau der Sanierungsmittelbestände gegenüber dem Vorjahresstichtag um EUR 1,8 Mio erhöht.

Die Eigenkapitalquote am 31. Dezember 2009 betrug 42,6 %.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 19,3 Mio vermindert. Dies ist schwerpunktmäßig durch Inanspruchnahme der Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen und die Auflösung von sonstigen Rückstellungen bedingt. Im Zusammenhang mit dem Böschungsergebnis in Nachterstedt wurden Rückstellungen für ausstehende Entschädigungs- und Regulierungsverpflichtungen in Höhe von EUR 3,6 Mio gebildet.

Die Verbindlichkeiten haben sich stichtagsbezogen um EUR 2,5 Mio erhöht.

Finanzlage 2009

Die Ausgaben für den Sanierungsbergbau nach §§ 2, 3 und 4 VA IV beliefen sich auf EUR 229,9 Mio. Die Ausgaben wurden durch Einnahmen, Zuwendungen bzw. vorhandene Liquidität vollständig gedeckt.

Auch im Nichtsanierungsbergbau waren die Ausgaben jederzeit durch Einnahmen, Zuwendungen bzw. vorhandene Liquidität gedeckt.

Ausblick

Die Entwicklung der Gesamtleistung in den Folgejahren wird im Wesentlichen durch Leistungen der LMBV als Projektträger für die Braunkohlesanierung, durch den Verkauf und die Vermietung/Verpachtung von Liegenschaften sowie durch die Wahrnehmung von Projektmanagementaufgaben bestimmt.

Langfristig wird auf Grund der für die Folgejahre erwarteten negativen Ergebnisentwicklungen das Eigenkapital abnehmen. Unabhängig davon ist die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft für die Abarbeitung aller anstehenden Aufgaben gleichwohl als ausreichend einzuschätzen.

Die für die Finanzierung des Sanierungsprozesses erforderlichen Mittel sind auf der Basis des „Dritten ergänzenden Verwaltungsabkommens über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA Altlastenfinanzierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995 über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2008 bis 2012 (VA IV Braunkohlesanierung) vom 2. Juli 2007 gesichert. Für das Jahr 2010 liegen die erforderlichen Zuwendungsbescheide vor.

Die Finanzierung der Aktivitäten des Nichtsanierungsbergbaus im Jahr 2010 ist durch den erteilten Zuwendungsbescheid des Bundes gesichert.

Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind:

- im Geschäftsfeld Sanierungsbergbau ausgehend von den bestehenden Vereinbarungen (Verwaltungsabkommen) nicht zu erwarten,
- im Geschäftsfeld Nichtsanierungsbergbau sind Teilausfälle geplanter Einnahmen z. B. aus Verkäufen Liegenschaften nicht sicher auszuschließen.

6 Risikomanagementsystem, bestehende Risiken und Internes Kontrollsystem

Für die LMBV sowie ihre Tochtergesellschaften GVV und LMBV international ist ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es stellt sicher, dass in einem halbjährlichen Rhythmus die Risikosituation der jeweiligen Gesellschaft erfasst, analysiert und ggf. Handlungsbedarf bestimmt wird. Die Gesellschaft hat per 31. Dezember 2009 eine Revision der Einzelrisiken der Bereiche vorgenommen und diese bereichsübergreifend strukturiert. Die per 31. Dezember 2009 durchgeführten Analysen und Bewertungen führten zu dem Ergebnis, dass in keiner der genannten Gesellschaften bestandsgefährdende Risiken zu verzeichnen sind. Bis zur Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 und dieses Lageberichtes haben sich diesbezüglich keine Änderungen ergeben.

Die LMBV hat die bestehenden Instrumente des internen Kontrollsystems sowie deren Zusammenwirken bei der Projektüberwachung analysiert und in einer Gesamtübersicht erfasst. Erforderliche Anpassungen werden bei Bedarf vorgenommen.

7 Die Tochtergesellschaften der LMBV (100 % Beteiligungen)

GVV-Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH, Sondershausen

Die Geschäftstätigkeit der GVV konzentrierte sich in 2009 auf die Fortführung der Sanierungs- und Verwahrungsaufgaben vor allem in den Bergwerken Bischofferode und Rottleberode sowie der Fortsetzung der Verwertung ihrer Liegenschaften.

Die GVV schließt das Geschäftsjahr 2009 mit einem Verlust in Höhe von TEUR 57 ab.

Insgesamt wurden Zuwendungen des Bundes in Höhe von EUR 10,9 Mio in Anspruch genommen.

Der Personalbestand der GVV betrug zum 1. Januar 2010 insgesamt 146 Mitarbeiter (ohne Auszubildende).

Lagebericht

LMEG Lausitzer und Mitteldeutsche Immobiliengesellschaft mbH, Senftenberg

Mit dem Abschluss des Geschäftsjahres 2008 endete die wirtschaftliche Tätigkeit der LMEG. Die LMEG wurde entsprechend Notarvertrag vom 22. Juni 2009 rückwirkend zum 1. Januar 2009 auf die LMBV verschmolzen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 16. September 2009.

LMBV international GmbH, Senftenberg

Das besondere Know how der LMBV wird seit dem 1. September 2007 über die Tochtergesellschaft LMBV international GmbH verwertet.

Neben der Projektbearbeitung stehen dabei insbesondere vielfältige Akquisitionstätigkeiten zur Markterschließung im Vordergrund.

Insgesamt hat die LMBV international das Jahr 2009 mit einem negativen Ergebnis von TEUR 119 abgeschlossen. Damit konnten die geplanten Ziele nicht erreicht werden. Die negative Ergebnisentwicklung ist wesentlich durch vorlaufende Akquisitionsaufwendungen bei Vorlaufzeiten von ein bis zwei Jahren im internationalen Geschäft bedingt.

Im Jahr 2009 wurden insbesondere Projekte in Vietnam und Workshops in Polen und Bulgarien erfolgreich bearbeitet. Ca. 65 % der Ingenieurleistungen wurden für die LMBV erbracht.

Der Personalbestand per 31. Dezember 2009 betrug sechs Mitarbeiter.

Die oben genannten Auslandsprojekte sollen in 2010 fortgeführt und erweitert werden. Projektvorbereitungen für das Jahr 2010 laufen des Weiteren insbesondere in den osteuropäischen Ländern, z. B. Lettland, Polen, Rumänien. Darüber hinaus sollen Leistungen für die LMBV erbracht werden.

Ausblick

Die LMBV wird die Vermarktung ihres besonderen Know hows in der Bergbau- und Umweltsanierung durch ihre Tochter LMBV international GmbH weiter fortsetzen. Die Entwicklung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist dabei zu berücksichtigen.

Die Geschäftsführung möchte sich auf diesem Wege bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LMBV und bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Gesellschaft für die geleistete Arbeit in 2009 bedanken.

Senftenberg, den 15. März 2010

Dr. Kuyumcu
Vorsitzender der
Geschäftsführung

Dr. Meyer
Kaufmännischer
Geschäftsführer

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-
Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

A k t i v a

	31.12.2009		31.12.2008		Anhang
	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Anlagevermögen					(3.1)
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Software		78.452,00		184.226,00	
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	24.086.368,03		24.951.882,07		
2. Technische Anlagen und Maschinen	10.409,00		34.814,00		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	223.936,00		198.326,00		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	175,50	24.320.888,53	9,50	25.185.031,57	
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen		76.694,29		102.001,07	
		24.476.034,82		25.471.258,64	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					(3.2)
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	503.253,50		740.500,02		
2. Forderungen gegen den Gesellschafter	229.501.117,13		240.140.332,43		
3. Forderungen im Rahmen des Verwaltungsab- kommens-Braunkohlesanierung --davon gegen den Gesellschafter EUR 13.263.658,20 (i. Vj. EUR 13.344.955,81)--	13.281.134,20		13.348.439,15		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	23.634.952,46	266.920.457,29	24.100.254,19	278.329.525,79	
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		31.678.289,37		29.918.232,12	(3.3)
		298.598.746,66		308.247.757,91	
C. Rechnungsabgrenzungsposten		96.478,54		69.468,32	
		323.171.260,02		333.788.484,87	

Passiva

	31.12.2009	31.12.2008	Anhang
	EUR	EUR	
A. Eigenkapital			(3.4)
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	
II. Kapitalrücklage	121.419.056,94	121.530.292,13	
III. Gewinnrücklagen	2.556,46	2.556,46	
IV. Gewinnvortrag	9.919.248,50	5.272.224,11	
V. Jahresüberschuss	6.331.635,44	4.647.024,39	
	137.698.061,93	131.477.661,68	
B. Rückstellungen			(3.5)
1. Rückstellungen für Pensionen	2.975.444,00	2.529.390,00	
2. Steuerrückstellungen	677.850,86	613.540,75	
3. Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen	62.010.000,00	64.409.000,00	(3.6)
--nach Abzug einer Finanzierungszusage von EUR 1.295.067.000,00 (i. Vj. EUR 1.266.358.000,00)--			
4. Sonstige Rückstellungen	73.280.989,00	90.695.585,00	
	138.944.283,86	158.247.515,75	
C. Verbindlichkeiten			(3.7)
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.854.010,50	27.995.598,81	
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	573.024,35	479.109,87	
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	567.964,47	1.057.681,36	
4. Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens- Braunkohlesanierung	6.847.702,02	7.544.907,64	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	4.138.698,68	6.400.537,38	
--davon aus Steuern EUR 683.377,85 (i. Vj. EUR 435.631,57)--			
	45.981.400,02	43.477.835,06	
D. Rechnungsabgrenzungsposten	547.514,21	585.472,38	
	323.171.260,02	333.788.484,87	

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

-
-
1. Umsatzerlöse
 2. Erträge für Sanierungsleistungen im Rahmen
des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung
 3. Sonstige betriebliche Erträge
 4. Materialaufwand
 - a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe
 - b) Aufwendungen für bezogene Leistungen
 5. Personalaufwand
 - a) Gehälter
 - b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung
und für Unterstützung
--davon für Altersversorgung EUR 534.434,28
(i. Vj. EUR 230.860,28)--
 6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagever-
mögens und Sachanlagen
 7. Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen
des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung
 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen
 9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
 10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen
--davon an verbundene Unternehmen EUR 6.693,38
(i. Vj. EUR 33.257,41)--
-
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
 12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
 13. Sonstige Steuern
 14. Jahresüberschuss
-
-

Gewinn- und Verlustrechnung

2009		2008		Anhang
EUR	EUR	EUR	EUR	
	30.008,20		22.388,42	(4.1)
	224.921.415,84		218.352.910,78	(4.2)
	44.989.670,75		42.127.486,93	(4.3)
285.755,10		333.736,32		
8.641.750,83	8.927.505,93	8.105.822,63	8.439.558,95	
32.340.141,00		31.616.279,55		
7.405.983,01	39.746.124,01	7.041.689,77	38.657.969,32	(4.4)
	1.631.897,64		4.784.722,70	(4.5)
	193.184.172,95		188.160.581,76	(4.6)
	26.460.289,59		29.691.725,84	(4.7)
	7.248.420,93		14.497.210,38	
	155.732,05		121.076,96	
	7.083.793,55		5.144.360,98	
	406.066,63		192.000,00	
	346.091,48		305.336,59	(4.8)
	6.331.635,44		4.647.024,39	

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

1 Allgemeine Angaben

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg, ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB.

Alleinige Gesellschafterin ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen (kurz "BMF").

Mit Datum vom 20. Dezember 1995 hat die LMBV vom Bundesministerium der Finanzen eine Finanzierungszusage des Inhalts erhalten, dass die Bundesrepublik Deutschland die nicht durch Gewährung von Zuschüssen oder sonstigen Zahlungen Dritter abgedeckten notwendigen Ausgaben für die Erfüllung der bergrechtlichen Verwahrungs- und Sanierungspflichten gemäß Bundesberggesetz (BBergG) und anderer einschlägiger Bestimmungen trägt, soweit diese vor dem 1. Juli 1990 entstanden sind und die LMBV wegen § 58 Abs. 2 BBergG zur Durchführung von Maßnahmen verpflichtet ist.

Weitere Grundlagen für die Braunkohlesanierung sind das "Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten" (VA-Altlastenfinanzierung) vom 1. Dezember 1992 unter Einbeziehung der "Bund-Länder-Vereinbarung zur Finanzierungsregelung der ökologischen Altlasten" vom 22. Oktober 1992 sowie das "Erste Verwaltungsabkommen zur Änderung des Verwaltungsabkommens über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten" vom 10. Januar 1995, das "Ergänzende Verwaltungsabkommen zum VA-Altlastenfinanzierung über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 1998 - 2002 (VA II-Braunkohlesanierung)" vom 18. Juli 1997, das "Zweite Ergänzende Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastenfinanzierung) in den Jahren 2003 bis 2007 (VA III-Braunkohlesanierung)" vom 26. Juni 2002 und das "Dritte Ergänzende Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastenfinanzierung) in den Jahren 2008 bis 2012 (VA IV-Braunkohlesanierung)" vom 2. Juli 2007.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung des Jahresabschlusses entspricht den Vorschriften des § 266 HGB, § 275 Abs. 1, 2 HGB i. V. m. § 265 HGB (Gesamtkostenverfahren) sowie den ergänzenden Vorschriften des DMBilG. Bergbautypische Sachverhalte (Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen) werden gesondert ausgewiesen.

Zur Erhöhung der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die sich aus den Sanierungsleistungen ergebenden Sachverhalte in der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert gezeigt. Dabei handelt es sich um die Posten Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens – Braunkohlesanierung sowie Erträge und Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens - Braunkohlesanierung.

Der Jahresabschluss ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften für Gesellschaften mit beschränkter Haftung aufgestellt. Die für den Jahresabschluss relevanten Vorschriften des DMBilG, der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) sind berücksichtigt. Das Finanzstatut der LMBV wurde beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurden im Wesentlichen beibehalten.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2009 erfolgte die Verschmelzung der LMEG auf die LMBV. Die Beteiligung an der LMEG wird im Berichtsjahr als Abgang in Höhe von EUR 25.306,78 gezeigt. Die Verschmelzung der LMEG auf die LMBV erfolgte gemäß § 24 UmwG zu Buchwerten. Zwischen den übernommenen Buchwerten (Reinvermögen der LMEG per 31. Dezember 2008 in Höhe von EUR 31.003,71) und dem abgehenden Buchwert der untergehenden Anteile der LMBV an der LMEG (EUR 25.306,78) ergibt sich ein Gewinn in Höhe von EUR 5.696,93, welcher ertragswirksam erfasst wurde. Auf Grund der Unwesentlichkeit dieser Beträge sind die Vorjahreswerte mit den Beträgen des Geschäftsjahres 2009 vergleichbar.

Anhang

2.1 Aktiva

2.1.1 Anlagevermögen

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. September 1995 erfolgte die Verschmelzung der Lausitzer Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Brieske (kurz "LBV"), und der Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bitterfeld (kurz "MBV"), auf die LMBV durch jeweilige Aufnahme nach § 2 Nr. 1 UmwG 1995.

Die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens in dem als Anlage zum Anhang beige-fügten Anlagespiegel geht aus technischen Gründen von den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten der MBV und den bei der Spaltung der Lausitzer Braunkohle Aktiengesellschaft, Senftenberg, übernommenen Buchwerten der LBV als Anschaffungskosten aus. Daraus folgt für den Anlagespiegel, dass die Bruttowerte nur eingeschränkte Aussagekraft haben.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen und abzüglich Abschreibungen sowie bei den Zugängen im Sanierungsbergbau abzüglich erhaltener Zuschüsse bzw. Zuwendungen bewertet. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten und angemessene Teile der Gemeinkosten.

Auch im laufenden Geschäftsjahr wurde die Erfassung der Nutzungsartenänderung des Liegen-schaftsvermögens unter Beachtung des zwischenzeitlichen Sanierungsfortschrittes fortgeführt und die Ergebnisse im Inventar umgesetzt. Soweit es im Ergebnis dieser Betrachtungen zu Korrekturen der Wertansätze kommt, werden außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund dauernder Wertminderungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB und Zuschreibungen gemäß § 280 Abs. 1 Satz 1 HGB bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Auch in den Folgejahren sind durch die Sanierung und die damit einhergehende Umwidmung von betrieblichen Nutzungsarten weitere Veränderungen nicht auszu-schließen.

Abnutzbare Sachanlagen werden planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Beachtung der steuerlichen Abschreibungstabellen linear abgeschrieben. Geringwertige Anla-gegüter mit einem Einzelanschaffungspreis über EUR 150,00 und bis zu EUR 1.000,00 werden im Jahr der Anschaffung sowie in den folgenden vier Wirtschaftsjahren linear mit 20 % p. a. abgeschrieben, wobei sich die handelsrechtlichen nicht wesentlich von den steuerlichen Nut-zungsdauern unterscheiden.

Unter **Finanzanlagen** ausgewiesene Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten abzüglich notwendiger Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung bilanziert.

2.1.2 Umlaufvermögen

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden mit dem Nennwert abzüglich angemessener Pauschalwertberichtigungen (1 %) für das allgemeine Kreditrisiko bewertet. Für zweifelhafte Forderungen werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegen(über) verbundene(n) Unternehmen werden jeweils saldiert ausgewiesen soweit es sich hinsichtlich Art, Fristigkeit und Fälligkeit um gleichartige Forderungen und Verbindlichkeiten handelt.

Forderungen gegen den Gesellschafter werden zum Nennwert bewertet.

Forderungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung werden zum Nennwert bewertet.

Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert und bei entsprechender Langfristigkeit abgezinst sowie unter Abzug von Einzelwertberichtigungen bewertet.

Die **flüssigen Mittel** (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) sind zum Nennwert bewertet.

2.1.3 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschluss-Stichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

2.2 Passiva

2.2.1 Eigenkapital

Das Eigenkapital ist zum Nominalwert angesetzt.

2.2.2 Rückstellungen

Die Rückstellungen für **Pensionen** werden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Berechnungen nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 6 % bewertet. Den versicherungsmathematischen Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zu Grunde.

Die Ermittlung der **Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen** erfolgt unter Berücksichtigung der Finanzierungszusage des BMF nach ihrer zeitlichen Verursachung sowie nach räumlich getrennten Bereichen (Territorialprinzip). Die Ermittlung der Verpflichtungen basiert wie in den Vorjahren auf gutachterlichen Stellungnahmen, Standsicherheitsgutachten, veränderten Verfahrensweisen und Technologien. Auf der Grundlage der vorgenannten Bewertungsfaktoren sowie unter Berücksichtigung der bis zum 31. Dezember 2009 erbrachten Sanierungsleistungen erfolgte die Bewertung der ausstehenden bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen.

Die Verpflichtungen resultieren aus bergrechtlichen Sanierungs- und Verwahrungsverpflichtungen gemäß Bundesberggesetz und anderen einschlägigen Bestimmungen, wie z. B. den Abfallgesetzen der Länder, sowie aus öffentlich-rechtlichen Verwaltungsakten.

Die sich aus diesen Rechtsgrundlagen ergebenden Risiken aus bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen sind grundsätzlich als Rückstellungen zu passivieren. Dabei werden die Verpflichtungen in vor dem 1. Juli 1990 entstandene (Altlasten) und solche, die sich aus der Tätigkeit nach dem 1. Juli 1990 ergeben haben (Neulasten), unterteilt. Bei den Verpflichtungen aus Altlasten, die durch eine Finanzierungszusage des Bundes vom 20. Dezember 1995 abgedeckt sind, wird der Anspruch der Gesellschaft aus der Finanzierungszusage von der Gesamtrückstellung offen abgesetzt. Nur die Neulasten werden als Rückstellungen ausgewiesen.

Die Bildung der **Steuerrückstellungen** und aller übrigen **sonstigen Rückstellungen** erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung, so dass sie den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten ausreichend Rechnung tragen.

Die Rückstellungen für **Altersteilzeitverpflichtungen** wurden zum 31. Dezember 2009 durch ein versicherungsmathematisches Gutachten bewertet. Den versicherungsmathematischen Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zu Grunde. Der Rechnungszins wurde mit 5,5 % angesetzt. Des Weiteren wurde von einer jährlichen Steigerung der Gehälter von 3 % ausgegangen. Die Bewertung der Abfindungszahlungen erfolgte nach dem Barwertverfahren.

2.2.3 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

2.2.4 Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Abschluss-Stichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

2.3 Berichtigung von Wertansätzen nach § 36 DMBiG

Durch ergangene Vermögenszuordnungsbescheide und Restitutionsansprüche hat sich das Sachanlagevermögen um TEUR 180 verringert.

Die Rückstellung für Restitutionsansprüche verringerte sich durch Auflösung um TEUR 69.

Diese Berichtigungen führten zu einer Verringerung der Kapitalrücklage um TEUR 111.

3 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2009

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlage-
spiegel zu entnehmen.

Aufwendungen der Gesellschaft im Rahmen der Entwicklung ausgewählter Standorte sind als nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten (im Geschäftsjahr 2009 TEUR 125) akti-
viert.

In Folge der Aktualisierung der Buchwerte im Sachanlagevermögen wurden außerplanmäßige
Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.389 vorgenommen. Diese betreffen Vermögensgegen-
stände des Sachanlagevermögens, die im Folgejahr zu geringeren Werten veräußert werden
(TEUR 315), aus der im Geschäftsjahr 2009 erfolgten Überprüfung und daraus resultierenden
Neubewertung der Nutzungsarten Sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung, sowie Ab-
bauland / Halde (TEUR 359) und aus der Neubewertung der Prioritätenstandorte (TEUR 715).

Anhang

Im Anlagevermögen sind Zuschreibungen von insgesamt TEUR 2.365 berücksichtigt, die wegen Wegfall von Gründen für in Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen waren. Darin enthalten sind TEUR 501 aus der Überprüfung der Prioritätenstandorte. Zudem wurden im Zusammenhang mit der Rückübertragung von restitutionsbehafteten Grundstücken auf Grund von Vermögenszuordnungsbescheiden in Höhe von TEUR 182, die im Zeitraum 1. Juli 1990 bis zum Zeitpunkt der Rückübertragung vorgenommenen Abschreibungen in Höhe von TEUR 47 auf Grund und Boden sowie Bauten wieder zugeschrieben.

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamtbetrag 31.12.2009	davon mit einer Restlaufzeit von über	
	TEUR	einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (31. Dezember 2008)	503 (741)	0 (0)	0 (0)
Forderungen gegen den Gesellschafter (31. Dezember 2008)	229.501 (240.140)	0 (0)	0 (0)
Forderungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung (31. Dezember 2008)	13.281 (13.348)	0 (0)	0 (0)
Sonstige Vermögensgegenstände (31. Dezember 2008)	23.635 (24.100)	1.357 (417)	656 (660)
	266.920	1.357	656
(31. Dezember 2008)	(278.329)	(417)	(660)

Die Forderungen gegen den Gesellschafter (TEUR 229.501) betreffen im Wesentlichen Ansprüche aus der Erstattungsforderung im Zusammenhang mit der Darlehensgewährung der LMBV an den Bund (BMF) (TEUR 229.020) und Zinsen auf die Erstattungsforderung (TEUR 54).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten in Höhe von TEUR 4.566 Forderungen aus der Abrechnung von in 2009 erbrachten Sanierungsleistungen, die durch die noch nicht abgeschlossene Bewertung der erbrachten Leistungen erst im Folgejahr in der Maßnahmeabrechnung berücksichtigt werden.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind antizipative Posten aus Ansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung in Höhe von TEUR 602 enthalten.

3.3 Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Kassenbestand	3	3
Guthaben bei Kreditinstituten und bei der Finanzagentur des Bundes	31.675	29.915
	31.678	29.918

3.4 Eigenkapital

	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	26	26
Kapitalrücklage	121.419	121.530
Gewinnrücklagen	2	2
Gewinnvortrag	9.919	5.272
Jahresüberschuss	6.332	4.647
Eigenkapital	137.698	131.477

Die Veränderung der Kapitalrücklage ergibt sich auf Grund von Berichtigungen nach § 36 DMBilG in Höhe von TEUR 111.

3.5 Pensions-, Steuer- und sonstige Rückstellungen

	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Rückstellungen für Pensionen	2.975	2.529
Steuerrückstellungen	678	614
Sonstige Rückstellungen	73.281	90.696
	76.934	93.839

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Sozialplanverpflichtungen (TEUR 24.315), für Altersteilzeit (TEUR 23.455), für Risiken Grundwasserwiederanstieg (TEUR 6.300), für ausstehende Entschädigungen für das Böschungsereignis Nachterstedt (TEUR 3.650), für Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzverpflichtungen (TEUR 2.877), für Archivierungskosten (TEUR 2.820) sowie für Restitutionsansprüche (TEUR 2.676).

3.6 Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen

Im Hinblick auf die Finanzierungszusage des Bundes werden nur die Verpflichtungen, die durch den Bergwerksbetrieb nach dem 1. Juli 1990 verursacht sind, in der Bilanz gezeigt. Die Verpflichtungen, die durch den Bergwerksbetrieb vor dem 1. Juli 1990 verursacht sind, werden wegen der erteilten Finanzierungszusage in der Bilanz nur nachrichtlich ausgewiesen. Da die Finanzierungszusage aber nicht als Freistellung von der bergrechtlichen Verantwortung zu verstehen ist, bestehen die Verpflichtungen der LMBV dem Grunde nach fort. Deshalb werden, soweit hinreichend konkretisierbar, die gesamten bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen aus Alt- und Neulasten wie folgt angegeben:

	Bilanzwerte					
	Altlasten	Neulasten	Summe	abzüglich		
	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009	Finanzierungs-	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR	TEUR	zusage	TEUR	TEUR
	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2009	TEUR	TEUR
Sanierung Tagebaurestlöcher	887.121	49.031	936.152	887.121	49.031	49.084
Sanierung von Veredlungsanlagen	123.517	5.758	129.275	123.517	5.758	6.482
Verwahrung von unterirdischen Hohlräumen außerhalb von Tagebauen und Veredlungsanlagen	14.441	0	14.441	14.441	0	0
Bergschäden	69.901	484	70.385	69.901	484	2.099
Zentrale Maßnahmen und Forschung	6.857	0	6.857	6.857	0	0
Übergreifende Maßnahmen zur Sanierung des Wasserhaushaltes	193.230	6.737	199.967	193.230	6.737	6.744
	1.295.067	62.010	1.357.077	1.295.067	62.010	64.409

Ausgehend davon, dass diese Verpflichtungen derzeit sowohl rechtlich als auch materiell noch nicht abschließend beurteilt werden können, sind durch den Erkenntnisfortschritt in Folgejahren weitere Änderungen nicht auszuschließen.

3.7 Verbindlichkeiten

	Gesamtbetrag 31.12.2009	davon mit einer Restlaufzeit	
		von bis zu einem Jahr	von einem bis fünf Jah- ren
	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (31. Dezember 2008)	33.854 (27.996)	32.508 (27.480)	1.346 (516)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unterneh- men (31. Dezember 2008)	573 (479)	573 (479)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter (31. Dezember 2008)	568 (1.058)	457 (540)	111 (518)
Verbindlichkeiten im Rahmen des Ver- waltungsabkommens – Braunkohlesanierung (31. Dezember 2008)	6.848 (7.545)	6.848 (7.545)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten (31. Dezember 2008)	4.139 (6.400)	4.106 (6.373)	33 (27)
	45.982	44.492	1.490
(31. Dezember 2008)	(43.478)	(42.417)	(1.061)

Alle Verbindlichkeiten sind unbesichert.

4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

4.1 Umsatzerlöse

	2009	2008
	TEUR	TEUR
Nebenprodukte (im Wesentlichen Kiese)	30	22

4.2 Erträge für Sanierungsleistungen im Rahmen des VA-Braunkohlesanierung

In dieser Position sind Erträge aus Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 2 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 162.462, Erträge aus Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 3 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 35.723 sowie Erträge aus Zuschüssen und Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 4 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 19.169 sowie Erträge aus Zuschüssen für das Böschungsereignis Nachterstedt von TEUR 7.568 enthalten.

4.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten:

	2009	2008
	TEUR	TEUR
Periodenbezogene Erträge		
Gegenposten für die Inanspruchnahme von Rückstellungen	8.373	8.868
Erträge aus der Werterhöhung des Anlagevermögens	2.386	2.628
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	771	1.592
Erträge aus Weiterberechnungen	650	119
Erträge aus zweckgebundenen Zuschüssen	538	517
Übrige	5.424	8.122
	18.142	21.846
Periodenfremde Erträge		
Auflösung von Rückstellungen	22.379	16.545
Buchgewinne aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	1.993	3.398
Erträge aus Entschädigungen und Mehrerlösklauseln	1.425	52
Auflösung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	234	23
Übrige	817	263
	26.848	20.281
	44.990	42.127

Die Auflösung von Rückstellungen beinhaltet im Wesentlichen die Auflösung der Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzverpflichtungen (TEUR 18.744) sowie der Rückstellung für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen (TEUR 2.980).

4.4 Personalaufwand

	2009	2008
	TEUR	TEUR
Gehälter		
Gehälter	26.872	27.612
Sonstiger Personalaufwand	5.468	4.004
	32.340	31.616
Soziale Abgaben		
Soziale Abgaben	6.842	6.769
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	564	273
	7.406	7.042
	39.746	38.658

4.5 Abschreibungen

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres auf das Anlagevermögen betreffen planmäßige (TEUR 243) und außerplanmäßige (TEUR 1.389) Abschreibungen.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen betreffen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die im Folgejahr zu entsprechend geringeren Marktwerten veräußert werden (TEUR 315), Sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung (TEUR 245) sowie Abbau- und Halde incl. Sanierung (TEUR 114) auf Grund der Neubewertung. TEUR 715 resultieren aus der Neubewertung der Prioritätenstandorte.

4.6 Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen des VA-Braunkohlesanierung

Hierin sind Aufwendungen für Sanierungsleistungen des § 2 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 144.239 nach § 3 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 26.230 und nach § 4 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 16.059 sowie Aufwendungen für Entschädigungen für das Böschungereignis Nachterstedt in Höhe von TEUR 6.656 (ohne Eigenleistungen) enthalten.

4.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten:

	2009	2008
	TEUR	TEUR
Periodenbezogene Aufwendungen		
Verwaltungsaufwendungen	4.203	4.057
Vertriebsaufwendungen	648	234
Übrige Betriebsaufwendungen	20.658	25.108
	25.509	29.399
Periodenfremde Aufwendungen		
Buchverluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	7	77
Übrige	944	216
	951	293
	26.460	29.692

Die übrigen Betriebsaufwendungen beinhalten im Wesentlichen Zuführungen zur Rückstellung für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen (TEUR 9.781), zur Rückstellung für ausstehende Entschädigungen für das Böschungsereignis Nachterstedt (TEUR 3.650), sowie zur Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzverpflichtungen (TEUR 684).

4.8 Sonstige Steuern

In den sonstigen Steuern sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 222 enthalten. Sie betreffen im Wesentlichen die Rückerstattung von in den Jahren 2002 bis 2008 gezahlter Grundsteuer.

5 Sonstige Angaben

5.1 Aufstellung des Anteilsbesitzes

Gesellschaft	Sitz	Eigenkapital	Anteil der LMBV am Stammkapital		Jahreser- gebnis
		TEUR	TEUR	%	TEUR
Anteile an verbundenen Unter- nehmen					
LMBV international GmbH (LMBV international)	Senftenberg	629 (31.12.2009)	77	100	-119 (31.12.2009)
GVV - Gesellschaft zur Verwah- rung und Verwertung von stillge- legten Bergwerksbetrieben mbH (GVV)	Sondershausen	7.593 (31.12.2009)	26	100	-57 (31.12.2009)

5.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB

	2010	länger als ein Jahr
	TEUR	TEUR
Bestellobligo Sanierungsbergbau	133.567	6.927
Bestellobligo Nichtsanierungsbergbau	4.674	153
Miet-, Leasing- und Datenverarbeitungsverträge	4.139	2.117
	142.380	9.197

Die Gesellschaft unterliegt der gesamtschuldnerischen Haftung für Altverbindlichkeiten gemäß § 12 Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen auf Grund der Verschmelzung mit den aus den Aufspaltungen entstandenen Gesellschaften LBV und MBV. Aus der Spaltung der Gesellschaften MIBRAG und LAUBAG besteht für die LMBV als Rechtsnachfolgerin von LBV und MBV ein latentes Restrisiko, welches derzeit in seiner Höhe nicht quantifizierbar ist.

Anhang

Die GVV - Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben hat zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemäß § 58 Abs. 2 BBergG für die nicht durch die Gewährung von Zuschüssen Dritter abgedeckten notwendigen Ausgaben eine Finanzierungszusage von der Treuhandanstalt erhalten. Diese Verpflichtungen sind gemäß § 23a Abs. 3 Satz 1 Treuhandgesetz zum 31. Dezember 1994 auf die Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin mbH, Berlin (kurz "BMGB"), übergegangen. Durch die Verschmelzung der BMGB auf die LMBV zum 1. Januar 2000 ist diese Verpflichtung auf die LMBV übergegangen. Gemäß § 3 Abs. 1 Treuhandunternehmensübertragungsverordnung haftet für diese Verpflichtungen im Innenverhältnis allein der Bund.

5.3 Aufgliederung der Arbeitnehmerzahl

In der Gesellschaft waren in 2009 ohne Geschäftsführung durchschnittlich beschäftigt:

	Anzahl 2009	Anzahl 2008
Frauen	357	366
Männer	352	386
	709	752

In den vorgenannten Arbeitnehmerzahlen sind 75 Auszubildende (im Vorjahr 81) enthalten, davon 27 Frauen (im Vorjahr 34).

5.4 Konzernzugehörigkeit

Die Tochterunternehmen GVV und LMBV international sind einzeln und zusammen von untergeordneter Bedeutung und werden in Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss der LMBV einbezogen.

Als Folge daraus entfällt für die LMBV die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2009.

Die LMEG Lausitzer und Mitteldeutsche Immobilienentwicklungsgesellschaft mbH, Senftenberg, ist auf Grund des Verschmelzungsvertrages vom 22. Juni 2009 durch Übertragung ihres Vermögens als Ganzes unter Auflösung ohne Abwicklung auf die LMBV verschmolzen. Die Verschmelzung ist mit der gleichzeitigen Eintragung in das Handelsregister des Sitzes des übernehmenden Rechtsträgers wirksam geworden. Die Firma ist mit Tag der Eintragung im Handelsregister am 16. September 2009 erloschen.

5.5 Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 339. Das Gesamthonorar beinhaltet Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von TEUR 186, Steuerberaterleistungen in Höhe von TEUR 117 sowie prüfungsnah und betriebswirtschaftliche Beratungsleistungen in Höhe von TEUR 36.

5.6 Entsprechenserklärung Public Corporate Governance Kodex

Der Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes wurde erstellt. Die Entsprechenserklärung wurde von der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat abgegeben.

Auf eine Veröffentlichung wurde verzichtet.

5.7 Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dr. Bernd Hartmann¹, Bonn - Vorsitzender ab 9. Oktober 2009 -
Ministerialrat im Bundesministerium
der Finanzen

Dr. Heinrich Bonnenberg¹, Berlin - Vorsitzender bis 24. August 2009 -
Unternehmensberater
(bis 24. August 2009)

Hartmut Löschner¹, Langenhagen - Stellvertretender Vorsitzender -
Berater der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

Elisabeth Wessel¹, Berlin
Regierungsdirektorin im Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

¹ Anteilseignervertreter

² Arbeitnehmervertreter

Anhang

Helmut Fischer¹, Berlin
Geschäftsführer der Fischer Wohnbau GmbH & Co. KG
(verstorben am 16. Juni 2009)

Dr. Matthias Schürgers¹, Berlin
Ministerialdirektor a. D. im Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie
(bis 24. August 2009)

Dr. Bernard Veltrup¹, Berlin
Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie
(ab 25. August 2009)

Gerhard Nies¹, Meuro
Mitglied der Geschäftsführung
TAKRAF GmbH
(ab 25. August 2009)

Christoph J. Queling¹, Kaiserslautern
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
WK Wirtschaftsberatungskanzlei
Queling GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
(ab 25. August 2009)

Olaf Gunder², Großräschen
Gesamtbetriebsratsvorsitzender der LMBV und
Vorsitzender des Betriebsrates Betrieb Lausitz

Dietmar Stein², Borna
Stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender der LMBV und
Vorsitzender des Betriebsrates Betrieb Mitteldeutschland

Uwe Bruchmüller², Thalheim
Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

1 Anteilseignervertreter

2 Arbeitnehmervertreter

Geschäftsführung

Dr.-Ing. Mahmut Kuyumcu, Berlin
- Vorsitzender der Geschäftsführung –

Dr. oec. Hans-Dieter Meyer, Lauchhammer
- Kaufmännischer Geschäftsführer -

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr TEUR 440, die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich auf TEUR 46.

Die Gesamtbezüge für ehemalige Geschäftsführer betragen im Geschäftsjahr TEUR 113.

Die für Pensionen an derzeitige und ehemalige Geschäftsführer bzw. Prokuristen gebildete Rückstellung belief sich zum 31. Dezember 2009 auf TEUR 2.286.

Senftenberg, den 15. März 2010

Dr. Kuyumcu
Vorsitzender der
Geschäftsführung

Dr. Meyer
Kaufmännischer
Geschäftsführer

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-
Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2009

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						
	Vortrag	Berichti- gungen nach	Berichtigter Vortrag	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Stand
	1.1.2009	§ 36 DMBilG	1.1.2009				31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Software	3.387.191,04	0,00	3.387.191,04	45.832,26	0,00	3.880,39	3.429.142,91
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	166.118.814,51	-180.361,06	165.938.453,45	280.683,55	1,50	14.804.275,33	151.414.863,17
2. Technische Anlagen und Maschinen	22.810.421,02	0,00	22.810.421,02	12,04	6,00	3.876.520,01	18.933.919,05
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.642.583,59	0,00	1.642.583,59	83.757,00	0,50	187.130,43	1.539.210,66
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9,50	0,00	9,50	174,00	-8,00	0,00	175,50
	190.571.828,62	-180.361,06	190.391.467,56	364.626,59	0,00	18.867.925,77	171.888.168,38
III. Finanzanlagen							
Anteile an verbundenen Unternehmen	169.377,57	0,00	169.377,57	0,00	0,00	25.306,78	144.070,79
	194.128.397,23	-180.361,06	193.948.036,17	410.458,85	0,00	18.897.112,94	175.461.382,08

Entwicklung des Anlagevermögens

Kumulierte Abschreibungen				Buchwert		
Vortrag	Abschreibungen des		Stand			
1.1.2009	Geschäftsjahres	Abgänge	Zuschreibungen	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3.202.965,04	151.606,26	3.880,39	0,00	3.350.690,91	78.452,00	184.226,00
141.166.932,44	1.400.796,84	12.874.072,87	2.365.161,27	127.328.495,14	24.086.368,03	24.951.882,07
22.775.607,02	24.423,04	3.876.520,01	0,00	18.923.510,05	10.409,00	34.814,00
1.444.257,59	55.071,50	184.054,43	0,00	1.315.274,66	223.936,00	198.326,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	175,50	9,50
165.386.797,05	1.480.291,38	16.934.647,31	2.365.161,27	147.567.279,85	24.320.888,53	25.185.031,57
67.376,50	0,00	0,00	0,00	67.376,50	76.694,29	102.001,07
168.657.138,59	1.631.897,64	16.938.527,70	2.365.161,27	150.985.347,26	24.476.034,82	25.471.258,64

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dresden, den 15. März 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Nieweg
Wirtschaftsprüfer

Seifert
Wirtschaftsprüfer

Corporate Governance Bericht

Das Bundeskabinett hat am 01. Juli 2009 die "Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung" im Bereich des Bundes verabschiedet. Die Grundsätze, bestehend aus Teil A: Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK), Teil B: Hinweise für gute Beteiligungsführung bei Bundesunternehmen, Teil C: Berufungsrichtlinien, lösen die bisherigen "Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen" sowie die unter ehemals Anlage 2 der "Hinweise" geführten "Berufungsrichtlinien" ab.

Der PCGK richtet sich u.a. an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, sofern der Bund mehrheitlich an ihnen beteiligt ist. Ziel des PCGK ist u.a., die Unternehmen und deren Überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen und die Rolle des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen.

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Senftenberg, ist ein 100 %iges Tochterunternehmen des Bundes. Mit Gesellschafterbeschluss vom 29. Dezember 2009 hat die Gesellschafterin der LMBV die Geschäftsleitung und das Überwachungsorgan der LMBV verpflichtet, die Bestimmungen des PCGK in der jeweils gültigen Fassung mit Zugang des Beschlusses zu beachten und diese auch in den Tochtergesellschaften der LMBV zur Anwendung zu bringen.

Obwohl die LMBV demzufolge erst ab dem Geschäftsjahr 2010 zur Beachtung des PCGK verpflichtet wurde, kommt sie mit dem vorliegenden Bericht den Anforderungen bereits für das Jahr 2009 erstmalig nach.

Die im PCGK enthaltenen Anforderungen und Empfehlungen waren zum überwiegenden Teil bereits in der Vergangenheit als verbindliche Anforderungen im Rahmen der Beteiligungsführung des Bundes an die Gesellschaft gerichtet. Insoweit hat die LMBV ihnen auch schon vor der Verpflichtung zur Beachtung des PCGK entsprochen. Im Übrigen können sich jedoch Abweichungen ergeben, da die Empfehlungen des PCGK zuvor nicht existiert haben bzw. bislang für die LMBV nicht verpflichtend waren.

Darstellung des Frauenanteils im Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der LMBV setzt sich nach Drittelbeteiligungsgesetz aus neun Personen zusammen, darunter ist eine Frau.

Entsprechenserklärung

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der LMBV haben sich mit den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 befasst und geben eine Entsprechenserklärung gemäß **Anlage 1** ab.

Senftenberg, den 29.04.2010

für den Aufsichtsrat

für die Geschäftsführung

Dr. Hartmann

Dr. Kuyumcu

Dr. Meyer

Entsprechenserklärung gemäß Ziffer 6.1 des Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Senftenberg, und der Aufsichtsrat der LMBV wurden mit Gesellschafterbeschluss vom 29. Dezember 2009 zur Beachtung der Bestimmungen des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) ab Zugang des Gesellschafterbeschlusses verpflichtet. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der LMBV haben sich mit den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 befasst und geben nach pflichtgemäßer Prüfung die folgende Entsprechenserklärung ab:

Die LMBV entspricht den Anforderungen und Empfehlungen des PCGK, soweit diese bereits in der Vergangenheit als verbindliche Anforderungen im Rahmen der Beteiligungsführung des Bundes an die Gesellschaft gerichtet waren. Abweichungen resultieren aus der Tatsache, dass die Empfehlungen des PCGK zuvor nicht existiert haben bzw. bislang für die LMBV nicht verpflichtend waren und dementsprechend bei der Gestaltung des Gesellschaftsvertrages und der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates sowie sonstiger innerbetrieblicher Regelwerke keine Berücksichtigung gefunden haben bzw. die Zuständigkeiten durch den Gesellschafter bzw. in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates anders geregelt sind.

Vor diesem Hintergrund sind folgende Abweichungen von den Empfehlungen des PCGK zu verzeichnen:

Ziffer 4.3.1 und 4.3.3

Die Vergütung der Geschäftsführung wird durch den Gesellschafter festgelegt.

Ziffer 5.2.2 Die Empfehlung der Festlegung einer Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder fällt in den Aufgabenbereich des Gesellschafters der LMBV.

Ziffer 6.2.1 Die Darstellung der Gesamtvergütung der Mitglieder der Geschäftsführung erfolgt in Summe im Anhang zum Jahresabschluss.

Ziffer 6.2.2 Die Darstellung der Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates erfolgt in Summe im Anhang zum Jahresabschluss.

Ziffer 7.2.1 Erklärungen des Abschlussprüfers zur Unabhängigkeit von der LMBV und seinen Organmitgliedern sowie zu anderen im vorangegangenen Jahr für die LMBV erbrachte Leistungen waren bisher nicht gefordert.

Ziffer 7.2.2 Der Empfehlung, den verantwortlichen Prüfer bzw. bei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften den verantwortlichen Prüfer zu wechseln, wenn dieser für die Abschlussprüfung bei dem Unternehmen bereits in sieben oder mehr Fällen verantwortlich war und seit seiner letzten Beteiligung an der Abschlussprüfung nicht mindestens drei Jahre vergangen sind, kann erst bei der Prüfung 2010 nachgekommen werden, da dies bisher nicht gefordert war.

Senftenberg, den 29.04.2010

für den Aufsichtsrat

für die Geschäftsführung

Dr. Hartmann

Dr. Kuyumcu

Dr. Meyer